

Thomas Mirow

Verleihung des Deutschen Nationalpreises 2022
Berlin, 14. Juni 2022

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Köhler,

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck,

Sehr geehrter Herr Schulz, sehr geehrte Frau Schulz,

Sehr geehrter Herr Tietzki, sehr geehrte Frau Makeeva

Liebe Mitglieder der Gremien und des Fördervereins unserer Stiftung

Meine sehr geehrten Damen und Herren

Zur Verleihung des Deutschen Nationalpreises 2022 darf ich Sie alle im Namen der Deutschen Nationalstiftung herzlich begrüßen. Wir freuen uns sehr, dass es nach zwei Jahren endlich wieder möglich ist, den Preis in Anwesenheit vieler Gäste und damit in angemessener Form übergeben zu können.

Unseren Preisträgern, Herrn Werner Schulz, und – für den Förderpreis – dem TV-Sender OstWest, gratuliere ich von Herzen. Bundespräsident Gauck und Frau Reim werden die Preisträger in ihren Laudationes umfassend würdigen. Aber lassen Sie mich schon einmal im Namen unserer Jury feststellen: der Bürgerrechtler und langjährige Parlamentarier Werner Schulz und der kleine, russisch-sprachige TV Sender OstWest sind aus unserer Sicht vorbildliche Verfechter von Freiheit und Demokratie.

„Demokratie in Bedrängnis – Warum wir jetzt gefragt sind“, so lautet das Motto, unter dem in diesem Jahr die Arbeit der Deutschen Nationalstiftung steht. Entschieden haben wir das bereits früh im Jahr 2021, als es galt, einen Titel festzulegen für unsere dann im November vorgelegten „Berichte zur Lage der Nation“.

Damals, vor knapp anderthalb Jahren, wollten wir vor allem die inneren Herausforderungen unserer demokratischen Gesellschaften in den Blick nehmen: den zunehmende Einfluss von Rechtspopulisten, die sichtbar gewordenen Schwächen vieler pluralistischen Gesellschaften im Umgang mit einer gefährlichen Pandemie, die Frage, wie unsere repräsentativen Demokratien die epochalen Umbrüche bewältigen können, die sich aus der Digitalisierung und dem Klimawandel ergeben. Und an der Tragweite dieser Entwicklungen, an ihren Auswirkungen für die gesellschaftliche und politische Stabilität in Deutschland wie in allen anderen Nationen des Westens hat sich nichts geändert. Ganz im Gegenteil.

Natürlich war für uns auch schon zu dieser Zeit erkennbar, in welchem Maße Verunsicherung und Spaltungstendenzen von außen verstärkt werden. Dass autoritär geführte Staaten auf vielerlei Wegen Einfluss nehmen, um demokratische Kräfte und Strukturen weiter zu schwächen: Regierungen werden mit billigen Krediten für große Infrastrukturprojekte gelockt, rechte Parteien demonstrativ hofiert, Internetplattformen und Fernsehkanäle als Propagandainstrumente missbraucht, mehr oder weniger verdeckt hoch komplexe Cyberattacken gestartet. Das Ziel: die Diskreditierung demokratischer Prinzipien sowie die Schwächung demokratischer Bündnisse und Zusammenschlüsse, insbesondere der Europäischen Union, um sich so Vorteile im geostrategischen Wettstreit der Mächte zu sichern.

Nur die wenigsten allerdings haben sich wohl Anfang 2021 vorstellen können, dass ein großer Angriffs-Krieg im Osten Europas diesen Konflikt auf so furchtbare Weise zuspitzen würde. „Demokratie in Bedrängnis – Warum wir jetzt gefragt sind“ hat damit eine neue Dimension gewonnen, die zu vermessen uns allen schwerfällt. Was folgt daraus, dass sich eine Gründernation der Vereinten Nationen und ständiges Mitglied ihres Sicherheitsrates an die Gründungsakte der UN nicht mehr gebunden fühlt? Wird die Welt in geschlossene, bis an die Zähne bewaffnete Blöcke zerfallen, die sich feindlich gegenüberstehen? Wie kann eine europäische Friedensordnung gelingen, wenn völkerrechtlich anerkannte Grenzen gewaltsam in Frage gestellt werden? Was ergibt sich für die Fähigkeit der führenden Industrienationen, Lösungen für die globalen Herausforderungen unserer Zeit, insbesondere den Klimawandel, voran zu bringen, wenn so viele materielle, politische und geistige Ressourcen in einen absurden, atavistischen Krieg und anschließend in den notwendigen Wiederaufbau investiert werden müssen? Wie real ist die Gefahr, dass es aufgrund blockierter Getreideausfuhren zu neuen Hungersnöten in Afrika kommt? Könnte dies wiederum weitere Millionen von Menschen in die Flucht treiben? Welche Folgen würde es haben, wenn auch noch die Entwicklung in

China zu einer plötzlichen, überstürzten Abkehr von globalisierten Produktionsketten und Handelsströmen führte? Wie wird sich die von Krieg und Embargos angeheizte Inflation auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt bei uns, aber vor allem auch in den ärmeren Ländern der Welt auswirken?

Diese und weitere tiefgreifenden, für unsere Zukunft entscheidenden Fragen dürften sich uns mit großer Härte stellen. Und gute, weiterführende Antworten auf sie zu finden, wird unseren Staaten und Gesellschaften viel abverlangen.

Gelingen kann es uns nur, wenn wir uns nicht in falschen Zuspitzungen aufreiben und uns vor dem Gift aggressiver Anschuldigungen hüten. Wer Christopher Clarks berühmtes Bild von den „Schlafwandlern“, die Europas Völker in den Ersten Weltkrieg geführt haben, auf die heutigen Verhältnisse anwendet, trägt - wie der Britische Historiker selbst kürzlich klargestellt hat - wenig zur präzisen Analyse unserer Situation bei. Wer gar die These in den Raum stellt, der deutsche Bundeskanzler sei „bereit, eine dritte Kriegsschuld auf sich zu laden“, wie es neulich in einem seriösen Online-Medium zu lesen war, argumentiert nicht nur fahrlässig geschichtsvergessen, sondern zugleich gefährlich brunnenvergiftend. Die Verantwortung für den Krieg in der Ukraine trägt nicht Deutschland sondern der russische Präsident.

Demokratien zeichnet die Fähigkeit zur Selbstkritik aus. Fehlentwicklungen müssen benannt und aufgearbeitet werden, um sie korrigieren zu können. Darüber darf, darüber soll auch gestritten werden. Nur sollten sich alle bewusst sein, dass unsere Demokratien verletzlich sind, dass schrille Zuspitzungen spalten und das Entstehen unversöhnlicher politischer Lager begünstigen, die – ein Blick auf viele Länder zeigt es - jede Demokratie ernsthaft gefährden.

Augenmaß, ein unverstellter Blick auf historische Zusammenhänge und die Bereitschaft, einander sorgfältig zuzuhören, sollten uns jetzt wichtiger denn je sein. Und ich bin ganz sicher: die vielen herausragenden Persönlichkeiten, die diese Stiftung tragen, werden weiter einen gewichtigen Beitrag dazu leisten, auch in so schwieriger Zeit demokratische Substanz in unserem Land zu sichern und zu festigen.